

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 2. März 2022, 31. Jahrg.

## DIE LINKE: Russland muss Kämpfe sofort einstellen. Ein neues Wettrüsten ist der falsche Weg!

DIE LINKE im Bundestag stimmte gegen Waffenlieferungen und Aufrüstung

Eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten die beiden Parteivorsitzenden und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN zum Angriff Russlands auf die Ukraine. Darin heißt es:

„Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Dies ist die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten.

Die Bundesregierung muss alles Mögliche tun, um eine Eskalationsspirale mit unbekanntem Ende zu verhindern. Eine Sonder-Konferenz der UN unter Einbeziehung Russlands, der Ukraine und aller Nachbarstaaten könnte den Weg an den Verhandlungstisch ermöglichen.

Die Nachbarstaaten dürfen bei der Aufnahme von Geflüchteten nicht alleine gelassen werden. Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den zahlreichen Kundgebungen für den Frieden, einen Waffenstillstand und Abrüstung zu beteiligen!“

Auf der Sondersitzung des Bundestages am Sonntag erklärte Fraktionschefin Amira Mohamed Ali: „Mit rein gar nichts ist diese Invasion zu

rechtfertigen. Wir stehen als Partei des Völkerrechts und des Friedens an der Seite der ukrainischen Bevölkerung, die in diesen Tagen unvorstellbares Leid erfährt. Sanktionen, die gezielt das Regime in Moskau, die Oligarchen und die russische Rüstungsindustrie treffen, sind dringend notwendig. Ein neues Wettrüsten ist aber die falsche Schlussfolgerung.“

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am 27. Februar im Bundestag angekündigt, ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr anzulegen. Außerdem solle grundgesetzlich verankert werden, dass der Verteidigungsetat künftig auf 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung festgeschrieben wird. Das bedeute eine in der Bundesrepublik beispiellose Aufrüstung und Militarisierung, gaben vier Bundestagsabgeordnete der LINKEN als Erklärung zu Protokoll, warum sie diesen Beschluss im Bundestag ablehnten. DIE LINKE hatte einen eigenen Antrag vorgelegt, der Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste zu verurteilt, das Ende der Invasion und den Rückzug der Soldaten fordert, aber Waffenlieferungen und Aufrüstung ablehnt.



Unter den Hunderttausenden, die am 27. Februar in Berlin gegen den Krieg und für Frieden demonstrierten, waren auch LINKE aus Oberhavel und dem Barnim. Foto: privat

Die Gefahr der Militarisierung ist groß: „Hyperventrierte Kurzschlussreaktionen“ nannte Lorenz Maroldt, Chefredakteur des „Tagesspiegels“, zum Beispiel die CDU-Idee, die ausgesetzte Wehrpflicht wieder zu aktivieren und dies Dienstpflicht für Frauen und Männer zu nennen. Vor einem „Tunnelblick“ bei politischen Entscheidungen, der aus Angst vor einem sich ausbreitenden Krieg entsteht, warnen auch Sozialpsychologen. „Nichts ist romantisch an einem Krieg“, machte Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN

im Brandenburger Landtag, am 1. März vor der Presse deutlich. „Jede Eskalation muss verhindert werden! Und: Wenn wir unsere Türen und Herzen öffnen, kostet das Geld.“

DIE LINKE fordert deshalb einen Krisenstab und eine Abstimmung zwischen allen Ressorts in der Landesregierung. „Es sind vor allem Frauen und Kinder, die bei uns Schutz suchen, sie brauchen neben Unterkunft und Essen auch Kinderbetreuung und Schulen“, betont der Eberswalder Landtagsabgeordnete Sebastian Walter. **bc**



1. März: Landtagsabgeordneter Sebastian Walter stellt 5-Punkte-Programm der LINKEN vor. Foto: privat

Seit 912 Tagen regieren SPD, CDU und Grüne in Brandenburg: Zur Halbzeit der Brandenburger

kussionsgrundlage sei, um in Brandenburg gemeinsam den Weg des Miteinanders zu gehen, die gegen-

## Zukunftssozialpakt für Brandenburg

DIE LINKE schlägt einen 500 Millionen-Euro-Investitionsfonds vor für Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Nahverkehr.

Landesregierung hat DIE LINKE im Landtag am 1. März ein 5-Punkte-Programm vorgeschlagen. Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag, betonte aber ausdrücklich, dass dies eine Dis-

wärtigen Krisen zu überstehen. „Wir wollen keine Schuldzuweisungen mehr hören, auch nicht innerhalb der Landesregierung, sondern mit einem neuen Politikstil eine Chance, Vertrauen wieder aufzubauen“, so Walter. DIE LINKE will, dass das Sozialstaatsversprechen gehalten wird vor allem bei der Krankenhausfinanzierung, für Kitas und Schulen. Sie will einen Brandenburger Schutzschirm und Beiträge zur Preisstabilität. „Die Angst ist doch berechtigt,

dass Sanktionen gegen Russland auch uns hier treffen werden mit Verteuerungen und Verknappungen“, erläutert der Fraktionschef. Wichtig seien auch Lehren aus der Corona-Zeit in Bezug auf die Bewältigung von Krisen. Letztlich sprach sich Walter für ein 500-Millionen-Euro schweres Zukunftspaket für die nächsten zweieinhalb Jahre aus, das vor allem Kommunen bei der Verbesserung der sozialen Infrastruktur helfen soll. **jm**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de)

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am 6. März 2022